

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung: Was will dieses Buch?	1
I. TEIL: EINFÜHRUNG	3
I. Die Staatsfunktion Verwaltung	3
II. Was ist das Verwaltungsverfahrensrecht?	5
III. Die Besonderheiten des Verwaltungsverfahrensrechts	6
1. Allgemeines	6
2. Die Auswirkungen der Aufgabenstellung auf das Verfahren der Verwaltung	7
3. Die besondere Bedeutung der Rechtsprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts	8
4. Die enge Verbindung von materiellem und formellem Verwaltungsrecht	9
5. Die subsidiäre Anwendbarkeit der Regeln des „allgemeinen“ Verwaltungsverfahrensrechts	9
6. Das Verwaltungsverfahrensrecht als „Spiegel“ eines Staates	9
IV. Historisches zur Entstehung und Entwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts	10
V. Die Rechtsgrundlagen des Verwaltungsverfahrens	14
1. Regelungen auf Verfassungsstufe	14
a) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Verwaltungsver- fahrensrechts für die „traditionellen“ Verwaltungsbehörden ..	14
b) Verfassungsrechtliche Grundlagen des Verfahrensrechts für die Unabhängigen Verwaltungssenate	14
2. Regelungen auf Gesetzesstufe	15
a) Die „allgemeinen“ Verfahrensregeln	15
b) Das Zustellgesetz	15
c) Besondere Verfahrensgesetze	15
VI. Literatur, Textausgaben und Entscheidungssammlungen zum Verwaltungsverfahrensrecht	16
II. TEIL: DAS EINFÜHRUNGSGESETZ ZU DEN VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZEN – EGVG	19
I. Die Eigenart des EGVG	19
II. Die Regelung des Anwendungsbereiches der Verwaltungsverfahrensgesetze	19
III. Der mittelbare Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze	21

IV. Die Wirkung der Grundsätze des AVG über den Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze hinaus . . .	21
III. TEIL: DAS ALLGEMEINE VERWALTUNGSVERFAHRENS-GESETZ – AVG	22
1. Vorbemerkung	22
2. Vorbemerkung	22
1. Kapitel: Regeln über die Zuständigkeit	24
I. Die rechtliche Bedeutung der Festlegung der Zuständigkeit	24
1. Allgemeines	24
2. Der Grundsatz der festen Zuständigkeitsverteilung	25
II. Woraus ergibt sich, welche Behörde im Einzelfall zuständig ist?	25
1. Die „subsidiäre“ Anwendbarkeit der Regeln des AVG über die Zuständigkeit	25
2. Die subsidiäre sachliche Zuständigkeit	26
3. Die subsidiäre örtliche Zuständigkeit	27
4. Amtswegige Wahrnehmung der Zuständigkeit – Verpflichtung zur Information über die zuständige Behörde – kein Einfluss der Partei auf die Zuständigkeit	28
III. Zuständigkeitskumulation und Zuständigkeitskonflikt	29
1. Zuständigkeitskumulation	29
2. Zuständigkeitskonflikt	30
2. Kapitel: Regeln zur Sicherung der Unparteilichkeit der Verwaltungsorgane	30
I. Allgemeines	30
II. Die Befangenheit von Verwaltungsorganen	31
3. Kapitel: Parteien und Beteiligte	32
I. Allgemeines	32
II. Wer ist Partei eines Verwaltungsverfahrens?	33
1. Parteien und (bloß) Beteiligte	33
2. Welche Beteiligten sind auch Parteien?	34
a) Nach welchen Kriterien ist zu entscheiden?	34
b) Wie ist vorzugehen, wenn die Parteistellung strittig ist?	37
3. Legalpartei – Formalpartei – Organpartei	37
4. Übergangene Parteien	38
4. Kapitel: Vertreter, Rechtsbeistand, Kurator	39

5. Kapitel: Allgemeine Regeln über den Verkehr zwischen Behörde und Beteiligten	40
I. Auf welche Weise kann man mit der Behörde in Kontakt treten?	40
II. Die Bedeutung des Gegenstandes eines Anbringens für die Art der Behandlung	43
III. Wie sind mangelhafte schriftliche Eingaben zu behandeln?	45
IV. Die Pflicht der Behörden, Rechtsbelehrungen zu erteilen	46
V. Das Recht auf Akteneinsicht – die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit – das Recht auf Datenschutz	47
VI. Kontaktnahme und Verkehr der Behörde mit Beteiligten und sonstigen am Verfahren mitwirkenden Personen	49
1. In welcher Form kann die Behörde Kontakt aufnehmen?	
In welcher Sprache erfolgt der Verkehr?	49
2. Die Ladung	50
VII. Wie wird der Verkehr zwischen Behörde und Beteiligten, wie werden behördeninterne Akte dokumentiert?	51
1. Die Niederschrift	51
2. Der Aktenvermerk	53
VIII. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Wahrung des Anstandes bei Amtshandlungen; Mutwillensstrafen	53
IX. Zustellungen	54
6. Kapitel: Die Bedeutung der Zeit für das Verwaltungsverfahren	55
I. Was ist eine Frist?	55
II. Arten der Fristen	55
III. Die Berechnung von Fristen	56
1. Der Beginn des Fristenlaufes	56
2. Das Ende einer Frist	56
7. Kapitel: Die Eröffnung eines Verwaltungsverfahrens – Wie kann ein Verwaltungsverfahren in Gang kommen?	57
8. Kapitel: Das Ermittlungsverfahren	59
I. Allgemeines	59
II. Das Ziel des Ermittlungsverfahrens: Die Feststellung des maßgebenden Sachverhaltes	60
III. Grundsätze des Ermittlungsverfahrens	61
1a. Der Grundsatz der arbiträren Ordnung	61
1b. Der Grundsatz der Verfahrensbindung und Verfahrenskoordination	62

2. Der Grundsatz der Amtswegigkeit behördlichen Vorgehens (Offizialmaxime) und daraus abgeleitet der Grundsatz der materiellen Wahrheit	62
3. Der Grundsatz des Parteiengehörs	63
4. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	63
5. Der Grundsatz der Unbeschränktheit der Beweismittel	63
IV. Wann kann ein Ermittlungsverfahren unterbleiben?	64
V. Die Verhandlung als Instrument des Ermittlungsverfahrens	65
1. Allgemeines	65
2. Wo ist eine Verhandlung durchzuführen?	66
3. Der Termin der Verhandlung	67
4. Öffentliche Auflage von Unterlagen	67
5. Wer ist berechtigt, an einer Verhandlung teilzunehmen?	67
6. Wer ist von der Behörde der Verhandlung beizuziehen und auf welche Weise kann diese Beiziehung erfolgen?	68
7. In welcher Form ist eine Verhandlung anzuberaumen?	70
8. Die Präklusion von Einwendungen als Folge der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung	70
9. Welche Folgen hat eine Versäumung der Verhandlung durch den Antragsteller?	73
10. Die Durchführung einer mündlichen Verhandlung	73
a) Prüfung von Identität und Rechtsstellung der Erschienenen ..	73
b) Die Erörterung des Verfahrensgegenstandes	74
c) Die Stellung des Verhandlungsleiters gegenüber Sachverständigen	75
d) Suche nach Interessenausgleich	75
e) Unterbrechung und Vertagung	75
f) Verhandlungsschrift	76
g) Schluss der Verhandlung und Bescheidverkündung	76
VI. Großverfahren	76
1. Sinn der Neuregelung	76
2. Wann kommen die Bestimmungen über Großverfahren zur Anwendung?	77
3. Die Eröffnung des Großverfahrens – Das Edikt	78
4. Rechtswirkungen einer Verfahrenseröffnung durch Edikt	78
5. Die besonderen Regeln über die Publizität in Großverfahren ..	79
6. Die öffentliche Erörterung	80
7. Die mündliche Verhandlung im Großverfahren	80
VII. Vorfrage und Bindungskonflikt	81
1. Die Vorfrage	81
a) Was ist eine Vorfrage?	81

b) Wie sind Vorfragen zu behandeln?	82
2. Der Bindungskonflikt	84
VIII. Die Vorabentscheidung	84
IX. Beweise	85
1. Allgemeines	85
2. Verfahrensregeln über Beweise	85
a) Freie Beweiswürdigung	85
b) Mittelbare Beweisaufnahme	87
c) Parteiengehör zum Ergebnis von Beweisaufnahmen	87
3. Die Beweismittel	88
a) Urkunden (§ 47)	88
a1) öffentliche Urkunden	88
a2) Privaturkunden	90
b) Zeugen (§ 48)	90
b1) Allgemeine Regeln über die Vernehmung von Zeugen ..	90
b2) Wer darf nicht als Zeuge vernommen werden?	91
b3) Worüber darf die Zeugenaussage verweigert werden? ...	91
b4) Weitere Regeln	92
c) Die Vernehmung von Beteiligten	93
d) Sachverständige	93
e) Der Augenschein	95
 9. Kapitel: Allgemeines über die Erledigung, Erledigung ohne	
Erlassung eines Bescheides	96
I. Allgemeines	96
1. Grundsatz	96
2. Die interne Erledigung	96
3. Die externe Erledigung	97
a) Formvorschriften für schriftliche Ausfertigungen	98
b) Die Genehmigung	98
II. Die Einstellung	98
III. Die Erfüllung des Parteibeglehrens ohne Erlassung eines als	
„Bescheid“ bezeichneten Aktes	99
 10. Kapitel: Der Bescheid	99
I. Allgemeines	99
1. Was ist ein Bescheid?	99
2. Die Abgrenzung des Bescheides von anderen Rechtsakten ...	100
3. Verfahrensrechtlicher Bescheid – Verfahrensanordnung	102
4. Die Einteilung von Bescheiden nach ihrem Inhalt	103
a) Materiell-rechtliche – verfahrensrechtliche Bescheide	103

b) Leistungsbescheide, Rechtsgestaltungsbescheide, Feststellungsbescheide	103
II. Die Erlassung von Bescheiden	104
A. Die materiell-rechtliche Seite der Erlassung	104
1. Bescheid und gesetzliche Grundlage	104
a) Die Anwendung von Gesetzen	104
b) Welche Rechtslage ist für den Bescheidinhalt maßgeblich? .104	
c) Bindung an das Gesetz – Ermessen – unbestimmter Gesetzesbegriff	104
2. Bescheid und Antrag	107
a) Die Entscheidung über den Antrag	107
b) Die „Nebenbestimmungen“	107
B. Die formelle Seite der Erlassung	109
1. Allgemeines	109
2. Die Form der Erlassung von Bescheiden	109
3. Rechtswirkungen der Bescheiderlassung	110
4. Die bloße Mitteilung von Bescheiden	110
III. Die Elemente des Bescheides	111
1. Die ausdrückliche Bezeichnung als Bescheid	111
2. Die Bezeichnung der Behörde	112
3. Der Spruch	112
3a. Der Spruch in einem verbundenen Verfahren	114
4. Die Begründung	114
a) Begründungspflicht	114
b) Inhalt der Begründung	115
c) Folgen von Begründungsmängeln	115
5. Die Rechtsmittelbelehrung	115
a) Inhalt der Rechtsmittelbelehrung	116
b) Welche Folgen hat eine fehlende oder mangelhafte Rechtsmittelbelehrung?	116
6. Der Hinweis auf die Möglichkeit einer Beschwerde bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts	117
7. Unterschrift und Datum	117
IV. Die Wirkungen eines Bescheides	118
A. Für wen entfaltet ein Bescheid Wirkungen?	118
B. Welche Teile eines Bescheides entfalten rechtliche Wirkungen? .119	
C. Welche rechtlichen Wirkungen hat ein Bescheid?	120
1. Die formelle Rechtskraft	121
2. Die Unwiderrufbarkeit des Bescheides	122
3. Die Unwiederholbarkeit des Bescheides	122
4. Die Verbindlichkeit des Bescheides	122

5. Vollstreckbarkeit	123
6. Die Tatbestandswirkung	123
D. Die Auswirkungen einer Änderung der Rechtslage auf „rechtskräftige“ Bescheide	123
V. Die Berichtigung von Bescheiden	124
11. Kapitel: Der Rechtsschutz	125
A. Allgemeines	125
B. Die Berufung	128
1. Berufungsrecht und Instanzenzug	128
2. Der Begriff der Berufung	130
3. Wer kann Berufung erheben?	130
4. Die Berufungsfrist	131
5. Wo ist die Berufung einzubringen?	131
6. Die Form der Berufung	131
7. Berufungsverzicht und Berufungsrücknahme	132
8. Der Inhalt der Berufung	132
a) Die Elemente der Berufung	132
b) Was kann in einer Berufung geltend gemacht werden?	133
9. Die Wirkung der Einbringung einer Berufung	134
10. Die Berufungsvorentscheidung	134
11. Die Behandlung der Berufung durch die Berufungsbehörde ...	136
a) Die Prüfung der formalen Zulässigkeit	136
b) Die Berufungsmitteilung	136
12. Die Entscheidung der Berufungsbehörde	136
a) Die für die Entscheidung maßgebliche Rechtslage	137
b) Der Gegenstand der Entscheidung der Berufungsbehörde ...	137
c) Ergänzung des Ermittlungsverfahrens	138
d) Die Behebung des Bescheides wegen mangelhafter Sachverhaltsermittlung	138
e) Die Entscheidung in der Sache selbst	139
f) Die Behebung des Bescheides wegen Rechtswidrigkeit ...	141
13. Regelungen für Verfahren vor den UVS	141
a) Besetzung	141
b) Parteien	142
c) Öffentliche mündliche Verhandlung	142
d) Unmittelbarkeit des Verfahrens	143
e) Öffentlichkeit	143
f) Gebührenansprüche der Zeugen und Beteiligten	144
C. Die Vorstellung gegen Mandatsbescheide	144
D. Rechtsschutz der übergangenen Partei	144

E. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	146
1. Allgemeines	146
2. Die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme	147
3. Gründe für eine Wiederaufnahme	147
4. Wie kann ein Verfahren wiederaufgenommen werden?	148
a) Die Wiederaufnahme auf Antrag	148
b) Die amtswegige Wiederaufnahme	149
5. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Wiederaufnahme – die Wirkung dieser Entscheidung	149
6. Die Entscheidung im wiederaufgenommenen Verfahren	150
F. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	151
1. Allgemeines	151
2. Was kann mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung begehrt werden?	152
3. Aus welchen Gründen kann Wiedereinsetzung begehrt werden?	152
4. Formale Regelungen über den Wiedereinsetzungsantrag	152
5. Die Wirkung des Antrags auf Wiedereinsetzung	153
6. Die Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	154
7. Die Wirkung der Bewilligung einer Wiedereinsetzung	154
G. Rechtsschutz gegen die Untätigkeit von Behörden	154
1. Allgemeines	154
2. Der Inhalt der Entscheidungspflicht	155
3. Die Geltendmachung der Entscheidungspflicht	156
4. Die Entscheidung der sachlich in Betracht kommenden Oberbehörde (bzw des UVS)	157
H. Rechtsschutz gegen Akte der unmittelbaren verwaltungs- behördlichen Befehls- und Zwangsgewalt	157
 12. Kapitel: Die amtswegige Abänderung und Behebung von Bescheiden	 159
1. Allgemeines	159
2. Die Abänderung von Bescheiden, aus denen niemandem ein Recht erwachsen ist	160
3. Die Abänderung oder Behebung eines Bescheides in Wahrung des öffentlichen Wohles	160
4. Die Nichtigklärung von Bescheiden	161
 13. Kapitel: Die Verfahrenskosten	 162

IV. TEIL: DAS VERWALTUNGSSTRAFGESETZ – VStG	164
1. Kapitel: Allgemeines	164
A. Verwaltungsstrafrecht, Justizstrafrecht, Europäische Menschenrechtskonvention	164
B. Besonderheiten der Vorschriften über das Verwaltungsstrafrecht und das Verwaltungsstrafverfahrensrecht	165
2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen des Verwaltungsstrafrechts	166
I. Der zeitliche Anwendungsbereich von Verwaltungsstrafvorschriften	166
II. Der räumliche Anwendungsbereich von Verwaltungsstrafvorschriften	168
III. Die Straftat	168
1. Tatbildmäßiges Verhalten	168
2. Rechtswidriges Verhalten	169
3. Schuldhaftes Verhalten	170
a) Der Vorsatz	170
b) Die Fahrlässigkeit	170
IV. Die Beweislast für die Tatbildmäßigkeit und für das Verschulden	171
V. Strafausschließungsgründe	172
1. Die Notwehr	172
2. Die Unzurechnungsfähigkeit	172
3. Die Strafunmündigkeit	173
4. Der Irrtum	174
5. Der Notstand	175
6. Das Absehen von der Strafe	175
VI. Die „Erscheinungsformen“ der Verwaltungsübertretung	176
1. Die Anstiftung	176
2. Die Beihilfe	177
3. Der Versuch	178
VII. Besondere Fälle der Verantwortlichkeit	179
1. Allgemeines	179
2. Verantwortliche Beauftragte	179
3. Haftung für Geldstrafen	181
VIII. Strafen	182
1. Allgemeines	182
2. Freiheitsstrafen	182
3. Geldstrafen	183
4. Verfall	184
IX. Die Strafbemessung	185
1. Allgemeines	185

2. Objektive Kriterien der Strafbemessung	185
3. Subjektive Kriterien der Strafbemessung	186
X. Das Zusammentreffen von strafbaren Handlungen	187
a) Die so genannte Realkonkurrenz	187
b) Die so genannte Idealkonkurrenz	188
3. Kapitel: Verwaltungsstrafverfahren	189
I. Allgemeines	189
II. Der Grundsatz der Amtswegigkeit der Verfolgung (Offizialmaxime)	190
III. Zuständigkeit	191
1. Sachliche Zuständigkeit	191
2. Örtliche Zuständigkeit	191
IV. Verjährung	192
1. Allgemeines	192
2. Beginn der Frist für die Verfolgungs- und Strafbarkeitsverjährung	193
3. Der Ausschluß der Verfolgungsverjährung	194
V. Sicherungsmaßnahmen	195
1. Festnehmung	196
2. Sicherheitsleistung	197
3. Die vorläufige Sicherheit	199
4. Beschlagnahme von Verfallsgegenständen	200
VI. Die Durchführung des „ordentlichen“ Verwaltungsstrafverfahrens	201
1. Allgemeines	201
2. Die Rechtfertigung des Beschuldigten	202
a) Die Ladung des Beschuldigten zur Vernehmung	203
b) Aufforderung zur Rechtfertigung	203
3. Mündliche Strafverhandlung und Strafverhandlungsschrift	204
4. Wie ist vorzugehen, wenn einem Beschuldigten verschiedene Delikte zur Last gelegt werden, zu deren Bestrafung nicht dieselbe Behörde zuständig ist?	206
5. Die Erledigung des ordentlichen Verwaltungsstrafverfahrens	207
a) Allgemeines	207
b) Das Straferkenntnis	207
c) Die Einstellung	208
VII. Abgekürzte Verfahren	209
Strafverfügung, Anonymverfügung, Organstrafverfügung	209
1. Allgemeines	209
2. Die Strafverfügung	210
a) Voraussetzungen und Inhalt der Strafverfügung	210

b) Der Einspruch gegen eine Strafverfügung	211
3. Die Anonymverfügung	212
4. Die Organstrafverfügung	214
VIII. Der Rechtsschutz	215
A. Allgemeines	215
1. Verwaltungsstrafrecht – Menschenrechtskonvention – Unabhängige Verwaltungssenate	215
2. Die Anwendbarkeit von Regeln des AVG über den Rechtsschutz	216
B. Die Berufung	217
1. Die Berufungsbehörden – die Unabhängigen Verwaltungssenate	217
a) Sachliche Zuständigkeit	217
b) Örtliche Zuständigkeit	217
c) Zusammensetzung	217
2. Berufungsvoraussetzungen, Antragslegitimation, Parteien des Berufungsverfahrens	218
3. Berufungsfrist – Wo ist die Berufung einzubringen?	218
4. Form der Berufung, Wirkung der Berufung	219
5. Die Berufungsvorentscheidung	219
6. Das Verfahren vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat	220
a) Öffentliche mündliche Verhandlung	220
b) Unmittelbarkeit des Verfahrens	221
c) Öffentlichkeit des Verfahrensergebnisses	222
7. Die Entscheidungskompetenz des UVS	222
8. Die Verfahrenshilfe	223
C. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	224
D. Amtswegige Aufhebung oder Abänderung von Bescheiden	224
IX. Sonderbestimmungen für das Verfahren gegen Jugendliche	224
X. Strafvollstreckung	226
XI. Kosten des Strafverfahrens	226
 V. TEIL: DAS VERWALTUNGSVOLLSTRECKUNGSGESETZ – VVG	228
I. Allgemeines	228
II. Grundsätze des Vollstreckungsverfahrens	228
III. Vollstreckungstitel – Vollstreckbarkeitsbestätigung	229
IV. Vollstreckungsbehörden	230
V. Das Vollstreckungsverfahren	231
VI. Vollstreckungsmittel	231
1. Die Vollstreckung von Verpflichtungen zu einer Geldleistung	232
2. Die Ersatzvornahme – Erzwingung vertretbarer Leistungen	232

3. Zwangsstrafen – Erzwingung von Duldungen, Unterlassungen und unvertretbaren Handlungen	.233
4. Anwendung unmittelbaren Zwanges	.234
5. Einstweilige Verfügung	.234
VII. Kosten	.234
Stichwortverzeichnis	.237